

**Europa und Amerika in der Ehetherapie -
Oder:
Der Respekt vor der Andersartigkeit des Partners als Grundlage einer
erfolgreichen Beziehung**

von Alexander Graf Lambsdorff, Bundesvorstand der FDP

Einleitung

Im Herbst 2002 forderten alle Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats den Irak auf, sich von seinen Massenvernichtungswaffen zu trennen. Im Sommer 2003 stehen amerikanische und britische Soldaten in Bagdad, während in Deutschland und Frankreich die Medien Häme über die Regierungen in Washington und London ausschütten, weil diese es nicht schaffen, der Welt das irakische ABC-Waffenarsenal zu präsentieren. Diese „Entlarvung“ amerikanischer Aggressivität stößt auf große Zustimmung in der öffentlichen Meinung, die dabei bequem ignoriert, dass auch die eigenen Regierungen kurze Zeit zuvor selber noch von der Existenz dieser Arsenale ausgegangen waren. Angesichts dieser Situation stellt sich erneut die Frage, warum Europa und die USA sich nicht von Anfang an auf ein gemeinsames Vorgehen gegen eine brutale und gefährliche Diktatur einigen konnten – besonders, wenn man sich den vielbeschworenen Begriff von der „Wertegemeinschaft“ vor Augen führt. In einer Wertegemeinschaft müsste doch die Einigkeit bei so wichtigen Fragen die Regel sein und nicht die Ausnahme. In den letzten Jahren gab es aber zahlreiche Vorgänge, bei denen zum Teil erhebliche Differenzen zwischen den USA und der EU zu Tage traten, angefangen beim nuklearen Teststoppvertrag (CTBT), über das Kyoto-Protokoll und den Internationalen Strafgerichtshof bis hin zu unterschiedlichen Auffassungen zum menschlichen Klonen, zu genetisch modifizierten Lebensmitteln und zur Todesstrafe einschließlich der Hinrichtung zur Tatzeit Minderjähriger. Wie verhält es sich also mit dem Begriff der „Wertegemeinschaft“? Ist er am Ende untauglich, die europäisch-amerikanischen Beziehungen adäquat zu beschreiben? Was sind die bestimmenden Grundlagen im Verhältnis der beiden wichtigsten Teile des „Westens“?

In zahlreichen Analysen findet sich der beliebte Gemeinplatz, die transatlantischen Beziehungen seien im Wandel. Das waren sie immer und das werden sie auch bleiben. Doch ist mit der Auseinandersetzung um den Irakkrieg und dem antiamerikanischen Wahlkampf des Regierungslagers in Deutschland – der Bush-Hitler-Vergleich war hier nur ein besonderer Tiefpunkt - ein Maß an Zorn und Enttäuschung erzeugt worden, das es bei früheren Anlässen nicht gab. Das gedankenlos hegemoniale Auftreten von Teilen der US-Administration, das sich nur zum Teil in den mitunter verletzenden Äußerungen von Donald Rumsfeld ausdrückt, bestärkt die europäischen US-Kritiker dabei und führt zu weiterer Entfremdung. Zusätzlich angefacht werden die Streitereien durch die Medien auf beiden Seiten des Atlantik. Während in den USA Konformitätsdruck und Jubel-Patriotismus mitunter die durchaus existierende Debatte übertönen, feiert in deutschen Redaktionsstuben ein Antiamerikanismus fröhliche Urständ, der unreflektiert, moralisierend oder pseudo-intellektuell daherkommt und die wenigen vernünftigen Stimmen an den Rand drängt.

Die Bestandsaufnahme der aktuellen politischen Beziehungen fällt also mehr als kritisch aus. Doch die europäisch-amerikanischen Beziehungen sind sehr viel tiefer als die

Schlagzeilen mitunter vermuten lassen. So zeichnen sich die Wirtschaftsbeziehungen nach wie vor durch einen hohen Verflechtungsgrad aus, sowohl bei den Handels- als auch bei den auf Kontinuität angelegten Investitionsbeziehungen. Die EU ist der wichtigste ausländische Investor in 41 von 50 US-Bundesstaaten, in den anderen neun hält sie den zweiten Platz. In Ostdeutschland sind die USA der größte ausländische Investor, vor allen Europäern. Der kulturelle Austausch und Mensch-zu-Mensch-Begegnungen, zum Beispiel in Form von Schüler-, Studenten- und Dozentenaustauschprogramm läuft weiter wie vor den aktuellen Verstimmungen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass diese anderen Gebiete, obwohl sie vordergründig mit den politischen Beziehungen nichts zu tun haben, durch die aktuelle Krise und eine mögliche weitergehende Entfremdung in Mitleidenschaft gezogen werden. Deswegen widmet sich dieser Artikel auch in erster Linie den politischen Beziehungen, allerdings jenseits der tagesaktuellen Auseinandersetzungen.

Die Kernthese lautet: Amerika und Europa brauchen die Partnerschaft – zusammen können wir fast alles erreichen, getrennt dagegen erreicht keiner das Optimum dessen, was vorstellbar ist. Wenn es den Antiamerikanern in Europa und den Antieuropäern in Amerika sogar gelingen sollte, die USA und Europa gegeneinander in Stellung zu bringen, dann wären die strategischen Konsequenzen unabsehbar. Nicht nur würden wir unsere Ziele nicht mehr erreichen, unsere Gegner wären in einer Lage, in der sie Europa und den USA sogar schaden könnten. Nicht umsonst war genau dies – das Aufbrechen der westlichen Allianz - immer das strategische Ziel sowjetischer Außenpolitik. Wenn es auch die Sowjetunion nicht mehr gibt, so haben der Westen und der freiheitliche Gesellschaftsentwurf, für den er steht, doch immer noch genug Feinde, die nichts lieber sähen als seine Spaltung und Schwächung.

Damit Europäer und Amerikaner ihre Ziele erreichen können, brauchen wir erstens mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander, zweitens ein Europa, das seine Hausaufgaben macht und drittens gemeinsame Zukunftsprojekte. Wenn diese drei Bedingungen nicht erfüllt werden, droht dem Westen eine Dauerkrise.

I. Blick auf Amerika

Voraussetzung für erfolgreiches Management der transatlantischen Beziehungen ist eine gründliche Kenntnis der anderen Seite. Angesichts der Bedeutung von Werten in der Zusammenarbeit soll hier daher zunächst der amerikanische Wertekanon etwas gründlicher untersucht werden. Dieser Kanon hat zwei Hauptkomponenten, die nebeneinander, zum Teil sogar im Widerspruch zueinander stehen. Zuerst, auch zeitlich, wird er durch religiöse Grundüberzeugungen gekennzeichnet, sein zweiter Bestandteil ist eine spezifisch amerikanische "Zivilreligion," der „amerikanische Glaube.“

Zuerst kam die Religion, denn das politische System Amerika ist aus einer religiösen Vision entstanden: der Welt sollte ein leuchtendes Beispiel zuteil werden, an dem sich unglückliche Völker aufrichten konnten, um ihm nachzueifern. Die amerikanischen Siedler des 17. und 18. Jahrhunderts gehörten mehrheitlich protestantischen Sekten an, die an die Rückkehr Christi nach einer weltlichen, von Menschen zu errichtenden tausendjährigen Tugendherrschaft glaubten – das "Neue Jerusalem", die "City upon a

hill". Amerika sollte dieses neue Jerusalem werden und durch sein Beispiel der Welt den Weg weisen, ihr Vorbild sein. Amerikanisches Sendungsbewußtsein ist also untrennbar mit der Genesis der amerikanischen Kulturnation verbunden und damit deutlich älter als die Vereinigten Staaten selbst. Der Begriff der Sekte wird deshalb im Amerikanischen auch völlig wertneutral verstanden, "Sekte" in unserem eher negativen Sinne wird dagegen mit "cult" übersetzt.

Die protestantischen Sekten hatten bestimmte Wertvorstellungen, die bis heute prägend für das religiöse Leben in Amerika sind:

- Individuelle Beziehung zu Gott mit persönlicher Verantwortung für die eigene Erlösung;
- Kongregationale Organisationsform der Gemeinden, d.h. freiwilliger Zusammenschluss gleichberechtigter Erwachsener;
- Manichäische Weltsicht, die eine klare Unterteilung in "Gut" und "Böse" vorsah und –sieht;
- Argwohn gegenüber jeder Zentralgewalt, gleich ob kirchlicher oder staatlicher Natur;
- Stark ausgeprägter Gemeinschaftsgedanke, der zu nicht unerheblichem Konformitätsdruck innerhalb der Gemeinden führen kann, aber auch die schwachen Gemeindeglieder auffängt und stützt.
- Auszeichnung durch Eigentum, einige – nicht alle – protestantische Sekten sahen Eigentum als Zeichen von Gottgefälligkeit an.

Immer wieder kann man in den Feuilletons deutscher Zeitungen lesen, unter Präsident Bush sei es zu einer eifernden Religiosität in den USA gekommen, die die Regierung in modernen Kreuzzügen auslebe. Diese Position ist nicht nur vor dem Hintergrund der amerikanischen Religionsgeschichte oberflächlich, sie ist auch aktuell empirisch zu widerlegen, wie die in der Tabelle dargelegten Umfrageergebnisse von 1997 zeigen:

DIE USA SIND EINE AUSNAHME UNTER WESTLICHEN INDUSTRIENATIONEN	USA	DEU (West)	FRA	GBR
1. Sind Sie				
...religiös	82	54	48	55
...nicht religiös	15	27	36	37
...Atheist	1	2	11	4
k.A.	2	17	5	4
2. "Das Leben hat nur eine Bedeutung, weil Gott existiert."				
Stimme zu	59	25	27	35
Stimme nicht zu	31	49	56	52
Weder noch	7	9	12	8
Weiß nicht	3	17	5	5
3. "Ich gehe einmal wöchentlich oder öfter zum Gottesdienst"	44	18	10	14
4. "Ich glaube, dass man in den Himmel kommen kann"	84	31	27	57
5. "Ich glaube, dass man in die Hölle kommen kann."	67	14	15	27
6. "Ich zweifle nie an der Existenz Gottes."	60	20	29	31

Insbesondere die Punkte 4. – 6. dieser Umfrage zeigen, dass die Überzeugung von der klaren Unterscheidbarkeit in Gut und Böse mit dazu gehörigen Sanktionsmechanismen sich genau so erhalten hat wie die feste Überzeugung von der Existenz Gottes, der als Urgrund dieser Unterscheidung eine feste Bezugsgröße ist: "In God we trust." Im Jahr dieser Umfrage regierte Bill Clinton bereits seit fünf Jahren - mit der politischen Richtung der aktuellen Regierung hat amerikanische Religiosität also wenig zu tun.

Religiöse Wertvorstellungen, gepaart mit Sendungsbewußtsein, manifestieren sich auch in der Außenpolitik, eine bei uns schwer vorstellbare Konstellation. Die Frage, ob UN-Unterorganisationen mit amerikanischen Steuergeldern Gruppen unterstützen, die Abtreibung als Teil der Familienplanung propagieren, hat 1997/98 zu einer langen Blockade der Bewilligung von Mitteln für UN und IWF geführt. Auch eine fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft – für die es kaum Anzeichen gibt – würde an der Grundkonstellation nicht viel ändern. Neben puritanisch geprägten Protestantismus ist in der Zwischenzeit nämlich eine neue Glaubensform getreten, der säkulare "amerikanische Glaube", die Zivilreligion der USA.

Staat und Kirche sind in den USA radikaler getrennt als in fast allen anderen westlichen Staaten mit Ausnahme Frankreichs. Dennoch gibt es keinen Mangel an religiöser Symbolik in der staatlichen Sphäre: "Heilige Väter" sind Autoren und Unterzeichner der "Heiligen Schriften" Unabhängigkeitserklärung und Verfassung wie Jefferson und Washington. "Märtyrer" sind der Bewahrer der Einheit Lincoln, dessen Rede von Gettysburg als "kanonisch" betrachtet wird und Martin Luther (*sic!*) King, dessen "I have a dream!"-Rede vielleicht einen ähnlichen Status erlangen wird. Zentrales "Heiligtum" ist das Kapitol, das im wahrsten Sinne des Wortes und nicht zufällig "upon a hill" liegt. Entscheidend ist aber, dass die politische Sphäre nicht nur religiöse Symbolik, sondern auch inhaltlich definierte "Glaubenssätze" hat. Es sind die sogenannten "core values", die "Kernwerte." Ihr Ursprung liegt zwar im politischen Denken der europäischen Aufklärung und besonders der Whig-Ideologie des frühen 18. Jahrhunderts. Im amerikanischen Kontext haben sie aber eine religiös-universalistische Bedeutung gewonnen. Diese "core values" werden oft gleichgesetzt mit "American Nationalism", "American Ideology", sehr häufig mit "American Creed", also einem amerikanischen Glauben. Da das amerikanische Volk im eigenen Verständnis keine Geburts- sondern eine Einwanderungsgemeinschaft ist, beruht seine Nationwerdung auf einem Willensakt: dem Bekenntnis zu eben diesem säkularen amerikanischen Glauben. Da dieses Bekenntnis Voraussetzung für Integration und Aufstieg in der amerikanischen Gesellschaft bleibt, werden auch demographische und konfessionelle Verschiebungen durch neue Einwanderergruppen aus Lateinamerika und Asien nicht die Bedeutung erlangen, die ihr von manchen Beobachtern zugeschrieben wird.

Der "amerikanische Glaube" setzt sich aus mehreren Teilen zusammen. Die meistzitierte Definition bietet Seymour Martin Lipset: Freiheit, Egalitarismus, Individualismus, Populismus, Laissez-faire. Diese Definition ist in der Tat die derzeit beste, da sie nicht nur politische Einstellungen zu Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat reflektiert,

sondern die gesellschaftliche, damit im amerikanischen Kontext notwendig auch religiöse Prägung der Politik mit einbezieht.

Zuerst und vor allem prägt ein Wert das amerikanische Selbstverständnis: Freiheit. Der Begriff der *Liberty* ist sowohl in der populären Wahrnehmung von außen als auch im Blick der Amerikaner auf sich selbst die wichtigste politische Grundüberzeugung und findet verfassungsrechtlich daher auch Niederschlag im ersten Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung, dem *first amendment*. Dabei hat Freiheit zwei Seiten, nämlich die Freiheit von materieller Not einerseits sowie die Freiheit, zu tun und zu lassen, was man will. Während in Europa die erste Seite der Freiheit zu Lasten der zweiten betont wird, verhält es sich in Amerika genau umgekehrt. "Freedom of speech", das Recht auf freie Meinungsäußerung, ist der *primus inter pares* der amerikanischen Grundrechte. Diese nach europäischem Verständnis sehr extensiv ausgelegte Freiheit - auch Parteispenden gelten nach derzeitiger Auslegung als *speech* - wird auch von Feinden der Demokratie ausgenutzt, die unbehelligt gegen Staat und Verfassung auftreten und publizieren dürfen. Nach Geschichtsverständnis, politischer Überzeugung und höchstichterlicher Rechtsprechung der meisten Amerikaner *kann* eine bloße Meinungsäußerung staatliche Intervention nicht rechtfertigen. Immer wieder weist der Supreme Court darauf abzielende Klagen ab.

Bei uns steht demgegenüber die Stabilität des demokratischen Gemeinwesens ganz oben in der politischen Werthierarchie. Demokratische Wehrhaftigkeit, Parteienverbote und die Überwachung von Verfassungsfeinden erscheinen uns legitim im Lichte unserer Geschichte. Gegen Verfassungsfeinde schreiten wir schon aufgrund von Meinungsäußerungen ein, nicht erst bei Taten – für Amerikaner unverständlich und Kern der Mißverständnisse in der Scientology-Debatte. Wir erkaufen demokratische Stabilität aus amerikanischer Sicht durch ein Defizit an Freiheit. Ein solches Mißverständnis kann durch den bloßen Hinweis auf die "Rechtmäßigkeit" deutschen staatlichen Handelns nicht ausgeräumt werden. Nur der Hinweis auf konkrete negative Erfahrungen mit "freedom of speech" gibt vielen Amerikanern überhaupt die Möglichkeit, nachzuvollziehen, warum bestimmte Sekten überwacht oder politische Parteien verboten werden. Das Verhalten der Verfassungsfeinde in der Weimarer Republik und der seit 1924 verfügbare, aber nicht ernstgenommene Entwurf des nationalsozialistischen Herrschaftsprogramms sind aber Argumente, die in Amerika verstanden werden.

Wie weit zum Teil vermeintlich nah beieinander liegende Begriffe auseinander liegen können, wird im Blick auf die sittliche Einordnung von Eigentum deutlich, und zwar sowohl als Rechtsfigur als auch als tatsächlicher Besitz. In den USA ist der Begriff untrennbar mit dem der Freiheit verbunden. Das amerikanische Selbstbild wird maßgeblich mitbestimmt von zum Teil mythisierender Erinnerung an Revolution und Unabhängigkeitskrieg. Im Verständnis führender Revolutionäre wurde eine Person erst durch Eigentum zu einem autonomen Wesen mit Freiheitsrechten. Das radikale Whig-Denken verurteilte Eingriffe des Staates in *Eigentumsrechte* dementsprechend als Verletzung von *Freiheitsrechten*: "No taxation without representation!" Während die Prämisse dieser Philosophie auch in den USA heute nicht mehr so gesehen wird, hat die *Conclusio* ihre Bedeutung behalten: Eigentum ist heilig. Dieser Heiligkeit des Eigentums

in den USA steht bei uns dessen Sozialbindung entgegen – Eigentum befreit nicht, es verpflichtet. Zahlreiche Unterschiede zwischen den Gesellschaften lassen sich so erklären, u.a. die niedrigeren Steuersätze in den USA und ein weit höherer Anteil von Grundbesitzern an der Gesamtbevölkerung. In der Außenpolitik tritt die Koppelung von *liberty* und *property* am deutlichsten im Helms-Burton-Gesetz zutage, mit dem in erster Linie europäische Unternehmen getroffen werden sollen, die in Kuba Investitionen in enteigneten Besitz amerikanischer Staatsbürger vornehmen. Solche Sanktionsgesetzgebung mit völkerrechtswidriger extraterritorialer Wirkung ist in den USA auch deshalb so schwer rückgängig zu machen, weil jedem Amerikaner sofort "einleuchtet", dass Enteignungen rechts-, zumindest aber moralwidrig sind. In Deutschland ist man eher geneigt, um politischer Ziele Willen Enteignungen in Kauf zu nehmen, wie sich am Beispiel der Enteignungen 1945 – 49 in der SBZ zeigt. Aus dem Respekt vor der Heiligkeit des Eigentums haben die USA auch die in staatlichem Besitz befindliche Beutekunst sehr früh an Deutschland zurückgegeben. Der Abtransport in die USA von 220 Kunstwerken für eine Ausstellungstournee führte 1945 in Wiesbaden dabei fast zu einer Meuterei der verantwortlichen amerikanischen Kunstschutzoffiziere, weil ihnen auch ein Eingriff in das Eigentum Besiegter zuwider war.

Politisch-organisatorisch und in seiner staatsrechtlichen Wirkung ist jedoch ein anderer Wert der wichtigste Bestandteil des amerikanischen Glaubens: der Populismus. Dieser ist nicht im Haider'schen oder Fortuyn'schen Sinne zu verstehen, sondern als Doktrin der direkten Beteiligung des Volkes am politischen Prozess. Diese hat in den USA einen ungleich höheren Stellenwert als in Deutschland: "We, the people..." Nur aufgrund dieser Doktrin ist es möglich, dass sich religiöse und andere Grundüberzeugungen zum Teil so unmittelbar politisch manifestieren – auch außenpolitisch. Nur deshalb konnten Meinungsumfragen einen so zentralen Stellenwert im politischen Entscheidungsprozeß erlangen. Versuche, die populistische Tradition der USA zu schwächen, werden als "Verschwörung" verstanden.

Demokratie im amerikanischen Kontext geht von einem grundsätzlich anderen Verhältnis des Staates zum Staatsvolk aus. Die Macht zur Abwahl liegt in der Tat beim Volk, jedenfalls bei dessen am besten organisierten Gruppen. Das wird aber auch und gerade als Gefahr begriffen. Eine der zentralen Thesen von Madison in den Federalist Papers war, dass wo immer die wirkliche Macht in einem Staat liege, dort auch die Gefahr der Unterdrückung am größten sei. Deshalb ist der amerikanische Staatsaufbau nicht ein "rein" demokratischer, er enthält in der Präsidentschaft auch monarchische und im Senat oligarchische Elemente. Die regelmäßig beklagten hohen Wahlkampfkosten für einen Sitz im Senat erfüllen einen politisch-systematischen Zweck, auch wenn es nicht "politically correct" wäre, dies offen zuzugeben. Das ist der Kern der "checks and balances": Verschiedene je einzeln vom Volk legitimierte Regierungsformen kontrollieren sich gegenseitig. Die deutschen politischen Institutionen sind zwar "rein" demokratisch, Votum und Kontrolle des Volkes aber größtenteils entrückt - das Misstrauen der Autoren des Grundgesetzes gegenüber dem eigenen Volk war vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen verständlicherweise stark ausgeprägt. Kompetenzen von Institutionen sowie bundes- und einzelstaatliche Ebenen sind stark miteinander verflochten. Ergebnis ist eine Verhandlungsdemokratie, in der Entscheidungen in halb-

und informellen Zirkeln wie Vermittlungsausschuss und Koalitionsrunde vorverhandelt und anschließend "im Konsens" getroffen werden.

Keine Beschreibung des amerikanischen Glaubens würde die Idee der "fraternité" erwähnen. Der dritte Abschnitt der europäischen Grundrechtecharta unter dem Titel „Solidarität“ wäre unvorstellbar in einem amerikanischen Kontext mit seiner überstarken Betonung von gewerkschaftlichen und betrieblichen Mitwirkungsrechten, die rechtshierarchisch auf der selben Stufe angesiedelt werden sollen wie zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Was in Amerika zählt, ist Individualismus. Ein wesentlicher Teil des amerikanischen Selbstbildes wird durch die Vorstellung geprägt, dass die Besserung ("betterment") des Menschen durch bewusstes Handeln des Menschen selbst erreicht werden kann. Die Vorstellung von "Besserung" hat dabei eine wirtschaftliche und eine moralische Dimension. Wirtschaftlich gilt, dass, wer Erfolg hat, nicht Neid, sondern Anerkennung erntet. Wer scheitert, kann im Gegenzug nicht auf ein engmaschiges soziales Netz zählen. Der individuelle "pursuit of happiness" schließt die Freiheit ein, auf-, aus-, oder abzustiegen.

Die moralische Dimension des Individualismus hat wiederum zwei Seiten. Erstens, das Individuum ist vernunftbegabt und autonom, zweitens, Gruppen entstehen durch den Willen vieler Einzelner, sie existieren nicht a priori. Hier spiegeln sich ursprüngliche protestantische Überzeugungen am klarsten wider, die den Einzelnen unmittelbar zu Gott und die Gemeinde als freiwilligen Zusammenschluß sehen. Scheinbar paradoxerweise liegt daher im Individualismus auch die Wurzel der amerikanischen Spielarten von Solidarität: Philanthropie und Voluntarismus. Geringe staatliche Subventionen z.B. für Kultur oder öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden ergänzt durch z.T. enorme Spenden wohlhabender Einzelpersonen sowie zahllose kleinere Spenden von Durchschnittsverdienern. Das schwache soziale Netz des Staates wird ergänzt durch eine Vielzahl gemeinnütziger, kirchlicher und bürgergesellschaftlicher Aktivitäten, die dem starken Gemeinschaftssinn vieler Gruppen entspringen. Da diese Gruppen nicht auf Geburt oder Gesetz beruhen, sondern auf dem freien Willen der Mitglieder, sind sie oft stärker im Zusammenhalt und engagierter in der Zuwendung zu schwachen Gruppenmitgliedern als unsere aus Steuermitteln finanzierten Sozial- oder Jugendämter, an die die früheren Aufgaben von Nachbarn delegiert worden sind, nämlich die Sorge für den Nächsten.

Dieses dem Individualismus entspringende Gemeinschaftsgefühl, der daraus folgende starke Konformitätsdruck und die Überzeugung, "gut" und "böse" unterscheiden zu können, spielen auch eine wesentliche Rolle in der Diskussion der Todesstrafe. Wer sich als Folge "freier, individueller Entscheidungen" durch Verbrechen außerhalb der Gemeinschaft stellt, hat keinen Anspruch auf Milde, sondern wird mit alttestamentarischer Härte verurteilt. Die Wahl der Friedensrichter und Staatsanwälte durch das Volk sowie die sehr viel stärker opferbezogene Geschworenen-Gerichtsbarkeit sind dabei Ausdruck des Populismus auch auf dem Gebiet der Rechtsprechung. Die Todesstrafe in den USA ist kein Wert an sich, sondern Ausdruck tiefer liegender Wertvorstellungen. Dass sie in einigen Staaten aber auch an zur Tatzeit Minderjährigen vollstreckt wird, macht die Unterschiede zwischen europäisch-internationaler

Menschenrechtspolitik einerseits und amerikanisch-nationalem Souveränitätsdenken deutlich. Die USA sind das einzige westliche Land, dass gegen die entsprechende Passage der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte einen Vorbehalt eingelegt hat. Die anderen Länder sind Saudi-Arabien, Nigeria, Pakistan, Jemen und der Iran. Sogar China hat zugesagt, keine Minderjährigen mehr zu exekutieren. Ein ähnliches Bild zeigte sich 1998 bei der Abstimmung über den Entwurf eines Statuts für den neu einzurichtenden internationalen Strafgerichtshof in Rom. Außer den USA stimmten gegen den Entwurf dem Vernehmen nach nur Länder wie der Irak, Katar, Bahrain und Jemen sowie China und Israel, das aber im VN-Rahmen so gut wie immer mit den USA stimmt. Zur überwältigenden Mehrheit, die der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs zustimmte, gehörten dagegen alle EU-Staaten. An dieser Stelle war der Atlantik zu breit für eine gemeinsame Position.

Dass der Atlantik auch bei anderen Fragen gelegentlich breit und tief ist, zeigt sich bei den unterschiedlichen Auffassungen über das Konzept der gesellschaftlichen Gleichheit. Gleichheit im amerikanischen Kontext hebt immer auf die Gleichheit der Ausgangsposition ab, nicht auf die Gleichheit der Ergebnisse. Wie es in der amerikanischen Verfassung keine Entsprechung zu Art 72 II und 106 III Grundgesetz gibt, die die Herstellung bzw. Bewahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu erreichen suchen, so gibt es auch nur einen äußerst schwachen Konsens über die Begrenzung der Einkommensspreizung nach unten durch Sozialleistungen oder nach oben durch hohe progressive Steuersätze. Eine in europäischen Augen schwache und unvollständige Sozialgesetzgebung ist eine der Folgen. Über 10 Millionen Amerikaner sind *unfreiwillig* nicht krankenversichert. In Europa gilt dagegen der sozialdemokratische Konsens: Die Einführung von Sozialleistungen gilt der Mehrheit der Bevölkerung *a priori* als sinnvoll – auch, wenn es sie etwas kostet. Rechtfertigen muß sich, wer diesen Konsens verläßt, wie zuletzt die rot-grüne Bundesregierung im Zusammenhang mit der Agenda 2010. Der entscheidende Unterschied zwischen den Sozialsystemen liegt aber in der stärkeren Konzentration auf das Potenzial des Einzelnen in den USA. Als Ergebnis gilt seit dem neunzehnten Jahrhundert die Unterstützung von Schulbildung als 'Sozialpolitik' – eine Schwerpunktsetzung, die sich bis heute erhalten hat. Der Anteil am BIP, der für Bildung aufgebracht wird, ist höher als bei uns, während der für Einkommenstransfers niedriger ist. Bildungsprogramme wie "Head Start" für Kinder aus sozial schwachen Familien zielen darauf ab, das Ideal der Chancengerechtigkeit für jeden Einzelnen, nicht das annähernder Einkommensgleichheit für die Gesamtgesellschaft zu verwirklichen.

Was das Laissez-faire angeht, so brauchen die Unterschiede zwischen kontinentaleuropäischer und amerikanischer Wirtschaftsordnung hier nicht näher erörtert zu werden. Freiheit und Individualismus sind auch auf diesem Gebiet maßgeblich für die USA, während Europa nach wie vor geprägt ist von Korporatismus und Staatsgläubigkeit wie sie etwa im Bündnis für Arbeit oder dem Europäischen Beschäftigungspakt zum Ausdruck kommen. Die Öffentlichkeit sieht sich besonders auf diesem Gebiet in keiner Weise durch eine Werte- oder sonstige Gemeinschaft mit den USA verbunden. Auf das Schlagwort vom "Turbokapitalismus" folgt stets die Warnung vor "amerikanischen Verhältnissen".

Die Einschätzung vieler Amerikaner ist anders, ähnelt eher der Auffassung europäischer Unternehmer: Überregulierung, "red tape", Umwelt- und Sicherheitsvorschriften der kommunalen, einzelstaatlichen und Bundesebenen werden als belastend und längst zu weit gehend betrachtet. Lipset: "(...) the country clearly can no longer be described as *laissez-faire*." Der Arbeitsmarkt bleibt dabei freier als in Europa, die Kultur des freien Unternehmertums lebhafter, die Arbeitslosigkeit niedriger.

Das außenpolitische Pendant zur binnenwirtschaftlichen *laissez-faire* Doktrin ist die "open-door policy", die amerikanischen Regierungsentwürfen für die Ordnung der Weltwirtschaft seit Wilson zugrunde lag. Durch das Meistbegünstigungsprinzip des GATT wurde sie mit Wirkung bis heute verwirklicht. Die Eliten beiderseits des Atlantik sind in der Befürwortung dieser Politik weitgehend einig.

Einigkeit besteht allerdings auch zwischen den "Nicht-Eliten": Sie teilen den Wunsch, den Freihandel zu beschränken. Das populistische Element ist dabei die größte Gefahr für das *System* des freien Welthandels. Ross Perot und Pat Buchanan haben mit sozialprotektionistischen Programmen erhebliche Erfolge erzielt, außerhalb und teilweise innerhalb der Republikanischen Partei. Die traditionell den Demokraten zugeneigten Gewerkschaften zeigen gleichfalls protektionistische Tendenzen, darin den europäischen nicht unähnlich, die ebenfalls möglichst hohe Sozial- und Umweltstandards fordern, um die eigenen Branchen vor Konkurrenz zu schützen. Dabei bedienen sich die sonst so weit auseinander liegenden Lager des gleichen wohlklingenden, aber schnell überstrapazierten Begriffs vom "fair trade". Wozu übersteigerte Erwartungen an die Handelspolitik führen, wurde in den Straßenschlachten von Seattle deutlich: Unter der Last, gleichzeitig die Probleme der Handelspolitik, der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der globalen Umweltpolitik lösen zu sollen, brach die WTO zusammen.

Dabei sind handelspolitische Einzelfragen, also Auseinandersetzungen um Bananen, Stahl, Rindfleisch etc. im Normalfall keine Gefahr für das *System* des freien Welthandels. Am Beispiel genetisch veränderter Nahrungsmittel (genetically modified organisms, GMOs) sowie hormonbehandelten Rindfleisches zeigen sich jedoch auch grundverschiedene Auffassungen von der Rolle des Staates im Verhältnis zum Bürger, aber auch unterschiedliche Einstellungen zu neuen Technologien.

Bei den GMOs spielt der Glaube an die positive Kraft des Fortschritts eine wesentliche Rolle. Eine stets wiederkehrende Formulierung in den USA ist die von der "Frontier" als der Grenze menschlichen Wissens. Sie stammt aus der Zeit der Pioniere und Siedler, die die amerikanische Grenze, die "Frontier", immer weiter hinausschoben, bis das Ufer des Pazifik erreicht war. Amerika ist seit dieser Zeit ständig auf der Suche nach neuen "Frontiers", und das mit Erfolg: Kennedy etablierte die neue Frontier auf dem Mond, seither stellt die Erforschung der Ordnung des Weltalls, des Makrokosmos, ständig neue Herausforderungen an neuen amerikanischen "Pioniergeist". Aber auch die Forschung im Mikrokosmos behauptet von sich, "pioneering" zu sein. Mit der Entschlüsselung des Humangenoms sowie der Genforschung im allgemeinen wird in Gebiete vorgestoßen, die dem menschlichen Geist bisher verborgen waren. Dies stößt in den USA zwar nicht auf

kritiklose Zustimmung, die Intensität der öffentlichen Debatte um die ethische Verantwortbarkeit solcher Projekte ist aber mit unserer nicht zu vergleichen. In Europa muss Forschergeist ohne Frontiermythos auskommen. Er muss sich in einem kritischen Umfeld behaupten, in dem er nicht nur Ergebnisse erzielt, sondern deren moralische Vertretbarkeit auch von Fall zu Fall begründet. Gerade in Deutschland steht nach Eugenik- und Euthanasie-Erfahrungen die Heiligkeit des Lebens unangefochten an der Spitze der Werteskala, und wir legen diesen Wert in amerikanischen Augen sehr weit aus – in diesem Fall bis hin zu genveränderten Mais- und Sojakörnern. Den diffusen Ängsten, die bei uns allein durch den Begriff der "Genmanipulation" ausgelöst wurden, stand in den USA nicht nur eine ganz andere Grundeinstellung zu diesem Forschungsbereich gegenüber, sondern auch eine gut organisierte Agrarlobby, die dafür sorgte, dass die US-Regierung ihre Interessen gegenüber der EU mit Nachdruck vertrat. Allerdings zeigt sich auch und gerade an diesem Beispiel, dass ein einiges Europa keineswegs nur Opfer im Spiel der globalen Interessen ist: Durch Argumente europäischer Verbraucherverbände und Regierungen aufgeschreckt, stehen inzwischen auch viele Amerikaner ihren großen Nahrungsmittelproduzenten deutlich skeptischer gegenüber als bisher. Der Saatgutkonzern Monsanto geriet in eine wirtschaftlich schwierige Lage, weil viele Farmer seine genveränderten Produkte für die Aussaat nicht abnehmen wollten, aus Angst, dass die Verbraucher - jetzt auf beiden Seiten des Atlantiks - das Endprodukt nicht kaufen würden.

Bei der Diskussion über das EU-Einfuhrverbot für hormonbehandeltes Rindfleisch wurden dagegen auch unterschiedliche Auffassungen von der Rolle des Staates deutlich. In exemplarischer Weise zeigte sich dies in Konsultationen mit amerikanischen Diplomaten, an denen der Verfasser teilnahm. Auf europäische Erläuterungen über die Bedeutung des Verbraucherschutzes riefen die US-Vertreter in einem Anflug von Verzweiflung aus, man solle den Leuten einfach die freie Wahl ermöglichen, das sei es doch, was der Staat zu leisten habe: "They want choice!" Die europäische Seite hatte Mühe, ihren Gesprächspartnern nahezubringen, dass dies genau nicht der Punkt sei, sondern dass für europäische Verbraucher im allgemeinen der Schutz vor gesundheitsgefährdenden Substanzen im Essen viel wichtiger ist als die freie Auswahl im Supermarkt: "They want protection!" Auf der einen Seite des Atlantik der von Anbeginn reduzierte Staat, der nicht entscheidet, was "falsch" und was "richtig" ist, sondern dem Bürger die Freiheit der Wahl lässt, auf der anderen der paternalistische Staat, der seine Bürger vor Unbill schützt, indem er Freiheit einschränkt, in diesem Fall die Freiheit, eben das "falsche" Produkt zu wählen – ganz unterschiedliche Staatsauffassungen werden an diesem vordergründig nur handelspolitisch bedeutenden Einzelfall deutlich.

II. Amerikanische Werte und Außenpolitik

Offen ist, welcher außenpolitischen Philosophie diese Wertvorstellungen die beste Grundlage bieten, dem Unilateralismus, dem Multilateralismus oder doch dem Isolationismus. Dabei ist natürlich offenbar, dass in die Entscheidungsprozesse in Washington nicht tagtäglich tiefschürfende Wertbetrachtungen einfließen. Grundsatzentscheidungen und Konzeptionen einer neuen Weltordnung wie nach dem 11. September wiederum werden aber auch nicht im Widerspruch zu amerikanischem Wertsystem und Selbstbild entwickelt.

Europas Interesse ist eine amerikanische Außenpolitik, die auch gedanklich konsequent internationalistisch ist, also einschließlich eines Bekenntnisses zu multilateralen Institutionen, das über reine Opportunitätserwägungen hinaus geht und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen Auftrieb gibt. Gerade im letzten Punkt liegt jedoch ein Problem, das im amerikanischen Kontext sowohl eine Interessen- als auch eine Wertedimension hat. Der Wegfall des bipolaren Systems nach 1989 führte das Staatensystem zurück in seinen Grundzustand prinzipieller Anarchie. Dieser Zustand bestand theoretisch auch zur Zeit des Kalten Krieges, war aber durch die Blockgegensätze aufgehoben. Es gibt in den USA weniger prinzipielle Bedenken gegen den Zustand als solchen, da der Frontiermythos auch das Geschichtsdenken der USA prägt: Bewegung im rechtsfreien Raum auf dem unerforschten Kontinent als positive Entstehungsgeschichte der eigenen Nation. Vor diesem Hintergrund wird auch die strategische Grundlinie amerikanischer Außenpolitik verständlich: Wahrung der eigenen Handlungsfreiheit ist oberstes Ziel, nicht Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Da Amerika wirtschaftlich, militärisch und kulturell unangefochten ist, hat es die Möglichkeit, eine solche Grundlinie zu verfolgen, ohne dass Andere sich abwenden könnten – die USA sind unentbehrlich zur Problemlösung und meist unüberwindbar, wenn sie sich einem bestimmten Lösungsansatz entgegenstellen. Im Ergebnis sind Multilateralismus und seine Anwendung in jedem Einzelfall eine auf Opportunitätserwägungen beruhende politische Entscheidung der Administration, der keine rechtlich bindende Qualität zugebilligt werden soll: Multilateralismus, wenn möglich, Unilateralismus, wenn nötig.

Unsere Erfahrung mit Rechtsfreiheit ist eine ganz andere als die amerikanische. Jahrhundertlang wurden die Beziehungen der europäischen Staaten durch Krieg, seine Begleiterscheinungen und Ergebnisse bestimmt. Von den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges bis hin zur totalen Zerstörung großer Teile Europas im Zweiten Weltkrieg spielt diese Erfahrung auch heute noch eine wichtige Rolle im kollektiven politischen Unterbewußten der Europäer, die gelegentlich in Äußerungen wie der von Alt-Kanzler Kohl zutage tritt, der Euro sei eine "Frage von Krieg und Frieden." Der rechtsfreie Raum, der die europäische Staatenwelt lange war, bot der Bevölkerung also weniger Chancen zur eigenen Entfaltung als vielmehr die Gefahr von Tod und Verwüstung im großen Maßstab. Die Absicht, diese Erfahrung kommenden Generationen zu ersparen, war Motiv und Antrieb der Gründerväter des europäischen Einigungsprozesses. Für Deutschland gilt daher, dass der Multilateralismus eine Kernstrategie in den internationalen Beziehungen ist. Diese Strategie wird dabei nicht rein prozedural gesehen, sie wird vielmehr gerade wegen der Wechselwirkung zwischen prozeduralen und substanziellen Elementen verfolgt. Mit anderen Worten: Durch die Nutzung der Vereinten Nationen, der OSZE und anderer Organisationen zur Problemlösung werden diese im Erfolgsfall *uno actu* gestärkt. Deutschland als mittlerer Staat in einem Zusammenschluß kleiner und mittlerer Staaten erhofft sich defensiv betrachtet von der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen einen Schutz gegen Übergriffe mächtigerer Staaten. Aus gestaltender Perspektive dagegen zielt die angestrebte weitere Institutionalisierung darauf, gemeinsam mit anderen mehr globales Gewicht zu entwickeln und so eigene Ziele besser verwirklichen zu können.

Die amerikanische Einstellung zum Multilateralismus spiegelt also nicht nur politische Interessen, sondern auch unterschiedliche Wertvorstellungen und historische Erfahrungen wider. Anders als für EU-Europäer der dritten Generation ist für Amerikaner die "community of nations" genau so wenig wie andere Gruppen ein a priori existierendes Phänomen. Dass die Staatengemeinschaft in einer bestimmten Weise handelt, ist für sich genommen noch kein Grund, sich solchem Handeln anschließen zu wollen. Zudem ist angesichts einer Erosion der Fähigkeit zur Friedenssicherung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Bildung von „coalitions of the willing (and able)“ zum Ersatzinstrument der Krisenbewältigung bei den "klassischen" Themen von Krieg und Frieden geworden. Das gilt einmal für die G7/8, die längst mehr sind als ein rein konsultativer Zirkel, aber auch für die Kontaktgruppen zu Bosnien und zum Kosovo, die Koalitionen gegen die Taliban und Saddam Hussein und ähnliche ad-hoc-Einrichtungen. Wie der Ausdruck "coalitions of the willing" bereits nahelegt, entspricht dieses Vorgehen sehr viel eher dem voluntaristischen Gemeinschaftsverständnis der Amerikaner. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei solchen Koalitionen durchaus um "multilaterales" Vorgehen, was dem Wortsinn nach auch zutrifft.

Ein zweiter amerikanischer Wert steht der Entwicklung einer "multilateralistischen" Kultur in der Außenpolitik entgegen: der Populismus. Das tiefe Misstrauen der Amerikaner gegen jede Art von zentralisierender Machtanhäufung sieht die Delegation von Kompetenzen auf eine höhere – supra- oder internationale – Organisationsebene als Gefahr an, die Gefahr nämlich, dass die direkte Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess unterlaufen wird. Es handelt sich um die Frage der demokratischen Legitimation überstaatlicher Zusammenschlüsse, die im europäischen Kontext mit der EU auf eine bestehende, im amerikanischen Kontext jedoch auch auf im Entstehen begriffene Organisationen und Vertragsregime bezogen wird.

III. Europa und seine Hausaufgaben

Nach diesem gründlicheren Blick auf die Bestimmungsfaktoren amerikanischen Handelns soll jetzt ein vergleichsweise kurzer Blick auf Europas wichtigste Werte in der Außenpolitik und ein etwas ausführlicherer auf die Herausforderungen für unseren Kontinent gerichtet werden. Hierbei ist eine Unterscheidung zu treffen, die für das Verständnis von Außenpolitik grundlegend ist, jedoch häufig ignoriert wird.

Außenpolitik hat eine normative und eine operative Dimension. Die normative Dimension erfasst die prinzipielle Orientierung sowie die rein wertgebundenen Maßstäbe für außenpolitischen Erfolg. In einfachere Sprache übertragen, kann man die normative Dimension am besten als Kompass begreifen, dessen Nadel ungeachtet aller Hindernisse immer in die selbe Richtung zeigt. Hindernisse sind dagegen eingezeichnet in einer Landkarte, die in diesem Bild der operativen Dimension entspricht. Die Landkarte bildet die Schwierigkeiten der realen Welt ab, die mitunter eine Verfolgung eigener Prinzipien nur auf Umwegen möglich machen. Der Erfolgsmaßstab hier bleibt zwar wertgebunden, gewichtet aber auch die Umstände, unter denen der Erfolg erzielt wurde. Entscheidend ist, dass mitunter die Herausforderungen der realen Welt eine rein wertgebundene Entscheidung nicht zulassen, weil zwei Werte zueinander in Widerspruch treten und sie in ein Über- und Unterordnungsverhältnis gesetzt werden müssen. Bei der Entscheidung

für die militärische Intervention im Kosovo 1999 stand zum Beispiel das Ziel der Genozidverhinderung in Widerspruch zu der Zielsetzung, Konflikte wenn möglich gewaltlos zu lösen. Eine eindimensionale Wertbetrachtung würde hier zu kurz greifen und eine gerechte Bewertung der Entscheidung verhindern.

Für welche außenpolitischen Werte die EU steht, wird bei einem Blick auf ihre wesentlichen Charakteristika deutlich. In der Union leben freie Bürger in liberalen Verfassungsstaaten, in gefestigten und neuen Demokratien. Der Kontinent ist geprägt von gewachsener Freundschaft zwischen ehemals verfeindeten Staaten, die durch Übertragung staatlicher Souveränität einen geregelten Interessenausgleich in allseitig respektierten Institutionen organisiert haben. Alle europäischen Interessenkonflikte – und selbstverständlich gibt es diese nach wie vor – werden durch strikt ziviles Konfliktmanagement geregelt, alle Seiten akzeptieren dabei die Ergebnisse der jeweiligen Regelung, ohne auch nur einen Gedanken an die Möglichkeit einer militärischen Lösung zu verschwenden. Ein Vergleich mit dem Europa von vor hundert Jahren oder mit anderen Weltregionen wie Nahost, Afrika oder Süd- und Nordostasien zeigt einerseits, wie weit Europa gekommen ist, andererseits, wie weit es konzeptionell vor allen anderen Weltregionen liegt. Europa hat heute Qualitäten, die im internationalen System ihresgleichen suchen. Europäer haben allen Grund, darauf stolz zu sein, denn der EU wächst damit eine Vorbildfunktion zu, wie sie vor zweihundert Jahren die USA für sich in Anspruch nahmen, nämlich der Welt ein "leuchtendes Beispiel" zu geben. Insofern ist das als „altes Europa“ bezeichnete eigentlich das „Neue“, während das auf seiner Souveränität beharrende Amerika sich wie das „alte Europa“ verhält, indem es sich hinter seiner Souveränität verschanzt – wenn auch aus anderen Gründen als gemeinhin angenommen, wie oben erläutert.

Während diese Betrachtungen der normativen Dimension galten, also dem „Kompass“, gehört zu einem vollständigen Bild auch der Blick auf die aktuellen Herausforderungen und wie diese derzeit konfiguriert sind, wie also die „Landkarte“ aussieht. Bei der Betrachtung der aktuellen Situation wird sehr schnell deutlich, dass Amerika und Europa nach wie vor eine gemeinsame Agenda haben und welche Bestimmungsfaktoren von besonderer Bedeutung für sie sind.

Zunächst zeigt der Blick auf die Landkarte, dass Europa vom Terror existenzieller bedroht ist als die USA. Die Neuartigkeit der Bedrohung, die Vielfalt der Waffen im Arsenal der Terroristen sowie die fehlende Bindung dieser nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen an Konventionen und die daraus abgeleitete Beliebigkeit ihres Einsatzes auch gegen zivile Ziele sind ein Besorgnis erregender Zustand. Abschreckung funktioniert gegen Terroristen nicht oder nur teilweise. Gegenüber nicht-staatlichen Akteuren greift die Drohung mit Vergeltung durch Invasion ohnehin ins Leere, aber selbst individuelle Strafandrohungen sind bei Todesbereiten zwecklos.

Derzeit beruht unsere Sicherheit vor großangelegten Terrorangriffen – neben polizeilicher und nachrichtendienstlicher Prävention - auf der Präferenz der gefährlichsten Terrorgruppen, ihre Angriffe gegen amerikanische und israelische Ziele zu richten. Dies ist keine zuverlässige Grundlage für die Sicherheit Europas. Europas

militärische Schwäche hätte eine Reaktion wie die der USA nach dem 11. September gegen die Verursacher in Afghanistan unmöglich gemacht – Europa wäre praktisch wehrlos gewesen und ist es gegen diese Art der Bedrohung bis heute.

Neben den nicht-staatlichen Terrorgruppen gibt es auch Staaten mit terroristischen Neigungen oder internen Kräften, die Terror gutheißen. Sämtliche dieser Staaten liegen näher an Europa als an den USA. Die erste Rakete zum Transport von Massenvernichtungswaffen taugliche Rakete, die entweder Europa oder die USA erreichen können, wird allgemein im Iran erwartet. Athen, Rom, Paris und München liegen einfach näher am südlichen Krisengürtel als New York, Chicago oder gar Los Angeles. Dem Iran fällt ohnehin eine Sonderrolle zu: ein altes Land mit einer reichen und differenzierten Kultur wird seit mehr als zwanzig Jahren von religiösen Fanatikern regiert, die Terror als Mittel der Politik für legitim halten. Der Iran unterstützt islamistische Bewegungen wie die Hisbollah, die vom Territorium des Libanon aus operiert, das wiederum von Syrien kontrolliert wird. Aber auch der Blick auf andere Staaten, in denen Terror heute oder in naher Zukunft ein Problem sein könnte, zeigt, dass mit Syrien, Libanon, Algerien, Tunesien (Djerba!), Libyen, Sudan, Jemen, Somalia nahezu alle dieser Staaten näher an Europa liegen als an den USA; nur Nordkorea liegt wirklich weit von Europa entfernt. Praktisch ganz Nordafrika wird von autoritären Regimen kontrolliert, in denen fast jeder Machtübergang das politische System in Legitimitätskrisen stürzt.

Ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor für die Außenpolitik der EU ist das hohe Maß an Unfreiheit in der europäischen Peripherie. Diese ist verantwortlich für zahlreiche Krisen und Terror in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU. Sie ist wichtiger als die islamische Prägung der meisten dieser Länder. Richtig ist zwar, dass der Terror weitgehend in mehrheitlich islamischen Ländern zu Hause ist. Dennoch sind auch dort nur verschwindend kleine Gruppen bereit, sich für Terroranschläge herzugeben. Und Muslime in Bosnien, Bangladesch oder Brüssel haben mit dem Terror nichts zu tun, auch wenn sie regelmäßig in die Moschee gehen. Schuld am Terror ist vielmehr die zynische Unterdrückungspolitik der Eliten in manchen arabischen Staaten, die zum Teil in eklatanter Verletzung eigener erklärter Grundsätze gemeinsame Sache macht mit dem religiösen Fanatismus der Islamisten. Das Beispiel des Iran und Syriens belegt das. Während Syrien als säkularer Staat Islamisten ablehnen müsste, lässt es die Verbindung des Iran mit der Hisbollah sehenden Auges zu.

Dies führt zum dritten wichtigen Faktor: Freiheit. Sie ist die logische Antwort auf die Bedrohung durch Unfreiheit. Das ist zum Einen liberale Theorie von Immanuel Kant, der in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ schrieb, dass Demokratien einander nicht angreifen würden. Zum Anderen ist es aber auch empirisch belegbare aktuelle Praxis, denn diese Theorie ist seit über 200 Jahren nicht falsifiziert worden. Auch heute gilt, dass kein aktueller zwischenstaatlicher Konflikt, in dem Gewalt angewendet wird, von zwei Demokratien ausgetragen wird.

Wenn man diesen Blick noch etwas präziser auf das Verhältnis von Islam, Freiheit und Demokratie richtet, schält sich auch der Beleg für die oben genannte These heraus,

derzufolge nicht der Islam verantwortlich für Terror ist, sondern die Unfreiheit in den Ländern, aus denen er kommt. Die Vergleichszahlen zwischen der islamischen und der nicht-islamischen Welt für 2002 sowie über die letzten dreißig Jahre in der nachfolgenden Tabelle zeigen zunächst, dass die islamische Welt sich diametral entgegengesetzt zum Rest der Welt entwickelt hat.

Demokratie	Demokratisch	Nicht demokratisch
Islamische Welt	9	38
Nicht-islamische Welt	112	33

Freiheit	Frei	Teilweise frei	Nicht frei
Islamische Welt	2	18	27
Nicht-islamische Welt	81	37	21

Quelle: Freedom in the World 2003, Freedom House, Washington, 2003

Während in den letzten dreißig Jahren immer mehr Länder Freiheit und Demokratie als Organisationsprinzipien ihrer Gesellschaften angenommen haben, ist dieser Trend scheinbar spurlos an den islamischen Staaten vorbei gegangen. Dabei zeigt ein gründlicherer Blick jedoch, dass Demokratie und Islam nicht inkompatibel sein können, denn in neun Ländern mit islamischer Mehrheit gibt es parlamentarische Demokratien, die Türkei ist dafür das bekannteste Beispiel. (Es gibt weniger „freie“ als „demokratische“ Staaten, da nicht jede Demokratie vollkommen frei ist - auch die Türkei ist nur mit „teilweise frei“ bewertet worden.)

Der genauere Blick auf die Verteilung der Demokratien in der islamischen Welt zeigt zudem sehr deutlich, dass nicht der „Islam-Faktor“, sondern der „Demokratie-Faktor“ entscheidend ist für die Sicherheit Europas. Die neun Demokratien in der islamischen Welt liegen in ganz verschiedenen Kulturregionen, es handelt sich im Einzelnen um Albanien, Bangladesch, Indonesien, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und die Türkei. Von keinem dieser Länder geht eine ernsthafte terroristische Bedrohung für andere Staaten aus. Ein Kulturraum hingegen fehlt: In den 16 Ländern mit arabischer Mehrheit gibt es keine einzige Demokratie. Das hat unter anderem damit zu tun, dass zwei Ideologien den arabischen Raum dominieren: (pseudo-) sozialistischer Ba’athismus und islamistischer Jihadismus. Beide führen zu Unterdrückung und Unfreiheit. Zudem gibt es nach wie vor autokratische Monarchien in Arabien, die die von diesen beiden Ideologien ausgehenden Gefahren zum Vorwand nehmen, ihren Gesellschaften Modernisierung, Demokratisierung und Liberalisierung vorzuenthalten. So sind die zwei großen Demokratisierungsbewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – durch die Dekolonisierung der 70er Jahre und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den 90er Jahren - vollkommen an der arabischen Welt vorbei gegangen. Aus dieser Region kommt dabei die terroristische Gefahr für uns sowie der Migrationsdruck, den Unfreiheit und Perspektivlosigkeit erzeugen. Strategisches Ziel europäischer Außenpolitik muss also sein, islamische freiheitliche Demokratien in seiner Peripherie zu etablieren. Einfach gesagt: Europa braucht mehr Türkeien in seiner Nachbarschaft.

Der vierte Bestimmungsfaktor für Europas Stellung in der Welt ist, dass es mit seiner Außenpolitik, die auf Elemente der Stärke verzichtet oder diese unzureichend ausbildet, unter seinen Möglichkeiten bleibt. Gerade hier sind Europas Hausaufgaben noch weitestgehend unerledigt. Das gilt nicht für die USA, die soviel für ihr Militär ausgeben wie die nächsten neun Staaten zusammen, darunter sechs NATO-Alliierte. Alleine die *Erhöhung* des US-Verteidigungshaushalts im Jahr 2002 war höher als der deutsche Verteidigungshaushalt *insgesamt*. NATO-Generalsekretär Lord Robertson hat Europa öffentlich einen militärischen Pygmäen genannt - und damit keinen ebenso öffentlichen Widerspruch ausgelöst. Es bedarf keiner einseitigen Fixierung auf das Militärische, um zu erkennen, dass dies nicht richtig sein kann und die Konsequenz liegt auf der Hand: Europa braucht eine gemeinsame Armee als Instrument einer europäischen Außenpolitik, die diesen Namen verdient. Es darf dabei aber nicht darum gehen, diese Streitmacht etwa gegen die USA aufzubauen, wie dies in Zusammenhang mit dem sogenannten Pralinengipfel anklang. Das wäre eine Wiederholung des Tirpitz'schen Flottenirrsinns, diesmal in globalem Maßstab. Aber ein Europa, das in seiner eigenen Umgebung für Stabilität und Sicherheit sorgen kann, wenn sich die USA nicht engagieren wollen oder können, braucht ein glaubhaftes militärisches Instrumentarium.

Als fünftes wichtiges Element muss sich in Europa die Erkenntnis erneut Bahn brechen, dass Stärke und Versöhnungsbereitschaft die Grundpfeiler erfolgreicher Außenpolitik sind. Die Neujustierung des militärischen Faktors ist nichts anderes als eine Rückkehr zu dieser Grundlage. Sie war in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts maßgeblich für deutsche und europäische Außenpolitik, angefangen beim Harmel-Bericht über die Ostpolitik der späten 60er Jahre bis hin zu NATO-Doppelbeschluss 1979 und Modernisierung der westlichen Kurzstreckenwaffen Ende der 80er Jahre. All diese Maßnahmen haben sich in Verbindung mit dem amerikanischen Nuklearschirm als Meilensteine auf dem Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas bei gleichzeitiger Sicherheit für den Westen des Kontinents erwiesen.

In der deutschen Außenpolitik sind diese Pfeiler aus dem Gleichgewicht geraten, das selbe gilt für die meisten Mitglieder der EU. Deutsche Außenpolitik vernachlässigt strategisch eine Seite zugunsten der anderen. So wurde die Bundeswehr-Reform über Jahre verschleppt, auch jetzt noch ist sie bestenfalls inkonsequent, da sie sich an einer Wehrpflicht festklammert, die weder politisch sinnvoll noch gesellschaftlich haltbar ist. Das Arbeiten mit sogenannten Doppelassignierungen führt dazu, dass mehr militärische Fähigkeiten vorgegaukelt werden als tatsächlich vorhanden sind. Gleichzeitig wird in der außenpolitischen Debatte die zivile „Krisenprävention“ betont, ein schon konzeptionell kaum zu konkretisierender Begriff, denn er ist in einer dem Frieden verpflichteten Demokratie mindestens teildidentisch mit dem Begriff der Außenpolitik. Welcher Bestandteil der Außenpolitik dient denn nicht der Krisenprävention? Von der Sicherheitspolitik über die Entwicklungshilfe bis hin zur Auswärtigen Kulturpolitik kann jedes Feld zu Recht für sich beanspruchen, zur Krisenprävention beizutragen. Dennoch dominiert der Begriff den politischen Diskurs, mit Konsequenzen bis hin zur Haushaltsgesetzgebung.

IV. Eine gemeinsame Agenda für Europa und die USA

Europa und die USA unterscheiden sich auf eine Weise voneinander, die ernst zu nehmen ist und nicht mit dem aus transatlantischen Sonntagsreden zwar kaum wegzudenkenden, heuristisch jedoch untauglichen und politisch kontraproduzenten Begriff von der „Wertegemeinschaft“ übertüncht werden dürfen. Dennoch haben Europäer und Amerikaner mehr miteinander gemeinsam als jeder einzeln etwa mit einer anderen Weltregion. Deswegen ist es auch nach wie vor zulässig, vom „Westen“ zu sprechen, obwohl es den „Osten“ als kommunistischen Block nicht mehr gibt. Kurz nach dem Terroranschlag auf New York und Washington am 11. September 2001 schrieb Francis Fukuyama, der Autor von „Das Ende der Geschichte“, die Kernfrage sei, ob der radikale Islam zum liberalen Verfassungsstaat eine ernst zu nehmende Alternative darstelle. Seine Antwort fällt so eindeutig wie richtig aus: Es gibt nur ein System, das die Weltpolitik der Zukunft dominieren wird, und es ist das des liberal-demokratischen, marktwirtschaftlichen Westens. Selbst dort, wo es sich politisch nicht verwirklichen kann, wie im Iran, entfalte es als Gegenentwurf zu Fanatismus, Extremismus und Unterdrückung als normative Orientierung Wirkungsmacht. Dass es dabei auch innerhalb des Westens Unterschiede gibt, es also nicht darum gehen kann, der ganzen Welt ein amerikanisch oder europäisch geprägtes Einheitsmodell aufzuzwingen, liegt auf der Hand und geht bereits aus den Ausführungen weiter oben hervor. Die Kenntnis dieser Unterschiede ist für das erfolgreiche Management im Innenverhältnis des Westens wichtig, nicht aber für das hoffentlich gemeinsame Auftreten im Außenverhältnis des Westens gegenüber anderen Regionen.

Neben den gemeinsamen normativen Grundorientierungen, die den Westen kennzeichnen, braucht er aber auch Politikfelder zur Gestaltung, abgeleitet aus den gemeinsamen Interessen. Das sind in erster Linie die Gewährleistung von territorialer Integrität, materieller Sicherheit der Bevölkerung, demokratischer Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand. Über diese Grundinteressen gibt es innerhalb des Westens keinen Disput, aber zwischen den USA und Europa (und Japan als östlichem Land des Westens) Prioritäten- und Methodenstreit. So stellt aus US-Sicht beispielsweise die Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs ein Element materieller Sicherheit der eigenen Bevölkerung dar, während Europäer das genau umgekehrt sehen, in ihren Augen bringt der IStGH einen Zuwachs an Sicherheit.

Jenseits des Methodenstreits gibt es Felder, auf denen bei einer Intensivierung des Dialogs auf allen Ebenen die USA und Europa gemeinsam viel erreichen können, getrennt dagegen wenig. Das beste Beispiel ist hier das gemeinsame Streben nach Nichtverbreitung von Massevernichtungswaffen, eine der zentralen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Weder die USA noch Europa können ihre Sicherheit gewährleisten, wenn sie nicht koordiniert vorgehen und dabei um weitere Unterstützung werben, in erster Linie natürlich aus Russland. Der potenzielle Erfolg bei koordiniertem Vorgehen ist so wichtig, dass die Debatte um Methoden zwar geführt werden muss, nicht aber zu soviel Uneinigkeit führen darf, dass das grundlegende Ziel dabei aus dem Blick gerät. Dies muss besonders in Washington verstanden werden, wo Vorschläge der Partner mitunter nicht ernst genug genommen werden. Die Bush-

Administration hat zudem einen Mann zum Hauptverantwortlichen für Abrüstung und Rüstungskontrolle gemacht hat, der vertragliche Bindungen der USA auf diesem Gebiet grundsätzlich ablehnt, was die Kooperation auf diesem Gebiet erheblich erschwert.

Ein Beispiel, bei dem sich die Erkenntnis eines gemeinsamen Vorgehens dagegen bereits durchgesetzt und Ergebnisse gezeitigt hat, ist der Fahrplan zum Frieden im Nahen Osten. Das heute als „Roadmap“ meist Präsident Bush zugeschriebene Dokument ist im Wesentlichen in Europa ausgearbeitet worden. Neben der EU und den USA wurden mit der UNO und Russland – zusammen bilden sie das sogenannte „Quartett“ - alle international relevanten Akteure einbezogen, eine multilaterale Koalition „of the willing“ sozusagen, die sowohl Europas als auch Amerikas Präferenzen entspricht.

Die Herausforderung des Nahen Ostens und Nordafrikas ist oben bereits diskutiert worden. In dieser Heimatregion des Terrors haben die USA und die EU ein gemeinsames Interesse an tiefgreifendem Wandel, wobei das Interesse Europas durch den Migrationsdruck aus den Ländern des Maghreb und Maschreb sogar noch unmittelbarer ist als das der Amerikaner. Die Demokratisierung der europäischen Nachbarschaft wird die zentrale strategische Herausforderung für die Außenpolitik der EU. Entscheidend wird sein, ob dieser Prozess, der ohne Zweifel langwierig und voller Rückschläge ablaufen wird, so gestaltet werden kann, dass die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen kontrollierbar bleiben.

Effektive Außenpolitik darf ebensowenig wie effektiver Multilateralismus die Frage der Legitimität ignorieren. Hier liegt einer der wichtigsten Vorbehalte der USA gegen die UNO begründet, denn Legitimität und Partizipation gehören in amerikanischen Augen zusammen. Die Tatsache, dass in der UNO nicht-demokratische Staaten an Entscheidungen beteiligt sind, die die USA zu binden versuchen, bietet Kritikern der Organisation immer wieder Gelegenheit, die Organisation scharf anzugreifen. In ihren Augen ist diese Situation eine Verletzung des amerikanischen Gründungsmythos', hatte man doch die Alte Welt ausdrücklich deshalb verlassen, um in der Neuen von undemokratischen Regierungen frei zu werden. Dieser Mythos ist dabei sehr viel wirkungsmächtiger als die insgesamt doch etwas profaneren Fakten zur Immigrationgeschichte der USA. Dennoch steht die Frage der Demokratisierung der Vereinten Nationen immer öfter im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei gibt es zwei Ansätze: erstens der Versuch einer Demokratisierung der UNO selber, zweitens die Errichtung einer Parallelstruktur, in der nur Demokratien versammelt sind. Letzteres war der Ansatz von Madeleine Albright, die die Idee einer „Community of Democracies“ außerhalb des UNO-Systems entwickelte. Zur Demokratisierung der UNO gibt es die Idee der Schaffung einer Gruppe Gleichgesinnter, also eines „Caucus of Democracies“ innerhalb der Organisation, die bei Wahlen und Abstimmungen ihr Gewicht einbringen würde, so wie dies jetzt schon die geographisch zusammengesetzten Gruppen tun oder die Gruppe der Entwicklungsländer, die sich in der G-77 zusammengeschlossen hat. Für Liberale, deren „Kompass“ auf Demokratie und Freiheit zeigen muss, ist dieser Ansatz, der anders als der einer „Community of Democracies“ den Vorteil hat, innerhalb des Rechtsrahmens der UNO zu wirken, von besonderer Bedeutung. Die EU sollte deshalb einem „Caucus of Democracies“ beitreten und versuchen, ihn zu stärken. Wenn die

Demokraten in der UNO dominieren, lassen sich vielleicht zukünftig auch solche grotesken Situationen vermeiden, dass der Irak den Vorsitz der Abrüstungskonferenz erhält, während Libyen gleichzeitig die Menschenrechtskommission leiten soll.

Der Kampf gegen die internationale organisierte Kriminalität (OK) ist ein Aufgabenfeld, bei dem die Bürger in Europa und den USA ganz besonders an Erfolgen interessiert ist. Die OK dehnt sich geographisch immer weiter aus, so operieren auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion beheimatete Gruppen inzwischen nicht nur in ganz Europa, sondern auch in den USA. Umgekehrt werden Drogen aus Lateinamerika auch nach Europa importiert, so dass es auch hier Berührungspunkte gibt.

Ein weiteres gemeinsames Ziel des Westens ist die Sicherung der eigenen Energieversorgung. Die europäischen Kritiker des Irakkrieges, die den USA vorwarfen, es sei Amerika in erster Linie ums Öl gegangen, übersahen geflissentlich die Tatsache, dass auch Europas Öl zu einem großen Teil aus dieser Region stammt. Dabei sind weder den USA noch Europa an territorialer Kontrolle der Ölquellen interessiert. Wichtig ist, dass das dort geförderte Öl ungehindert den Weltmarkt erreicht und dort zu fairen Preisen gehandelt werden kann. Auch Stabilität und Marktzugang der anderen ölreichen Gebiete im Kaukasus, in Russland, am Golf von Guinea und in der westlichen Hemisphäre mit Mexiko und Venezuela sind ein gemeinsames Interesse der USA und Europas. Bis alternative Energiequellen unseren Wohlstand sichern können, sind der freie Zugang für Öl zum Weltmarkt einerseits und der freie Handel mit Öl auf diesem Markt andererseits vitale Interessen des gesamten Westens, auch hier wieder unter Einschluss des rohstoffarmen Japan. Zudem brauchen wir leistungsfähige Energieunternehmen, die das Rohöl in Energieträger für Wirtschaft und Privathaushalte umwandeln kann. Die damit verbundene Wertschöpfung ist eine Quelle von Wohlstand und schafft Arbeitsplätze in Europa und den USA. Dieses gemeinsame Interesse wird in den USA wesentlich klarer gesehen als im öffentlichen Diskurs Europas, wo ein unvoreingenommener Beobachter den Eindruck gewinnen kann, als ob Wind- und Sonnenenergie bereits wichtiger wären als fossile Brennstoffe. Das ist jedoch noch lange nicht der Fall und die Sicherung des freien Marktes für Öl und Gas bleibt bis auf Weiteres eines der wichtigsten gemeinsamen Interessen des Westens. Dies gilt in verstärktem Maße für Deutschland, dessen Regierung bereits den Ausstieg aus der Nuklearenergie beschlossen hat, bevor eine Alternative zur Verfügung stand.

Die Bekämpfung von Armut in der Dritten Welt und das Zurückdrängen der AIDS-Epidemie in Afrika sind weitere Ziele, denen sich der Westen gemeinsam annehmen muss. Auf dem Gebiet der AIDS-Bekämpfung ist dies weitgehend unproblematisch, hier sind auch schon Fortschritte erzielt worden, insbesondere in Uganda, wo nordamerikanische und europäische Geldgeber die Anstrengungen der Regierung gemeinsam unterstützen. Dennoch ist bei Weitem noch nicht genug geschehen, auch was die sozialen Auswirkungen der Seuche angeht, deren Ausmaß in manchen Ländern durchaus mit der Pest im Europa des 14. Jahrhunderts verglichen werden kann. Damals starb ungefähr ein Drittel der gesamten Bevölkerung den schwarzen Tod, allerdings gleichmäßig verteilt auf Alte, Kinder und Erwachsene. AIDS dagegen rafft weit überwiegend sexuell aktive jüngeren Erwachsene und ihre Kinder hinweg, so dass ganze

Gesellschaften in der Mitte zerrissen werden. Zwölf Millionen Kinder haben seit Beginn der Seuche ihre Eltern verloren. In manchen Ländern wie zum Beispiel Botswana oder Simbabwe sind mehr als 30 Prozent der Bevölkerung infiziert, die Prognose für heute 15-jährige Jungen in diesen beiden Ländern und Südafrika ist eine AIDS-Prävalenz von 60 Prozent. Die Folgen dieser Katastrophe sind noch überhaupt nicht abzusehen. Wenn ganze Gesellschaften zerrissen werden so wie dies zum Beispiel für das politisch vorbildhaft demokratische Botswana zu erwarten steht, greift eine Perspektivlosigkeit um sich, der sich Viele aller Voraussicht nach durch Auswanderung entziehen. Innerafrikanische Wanderungsbewegungen, aber auch Migrationsdruck auf Europa werden eine Folge der Seuche sein, so dass sich Europa und die USA nicht allein durch das moralische Gebot zu helfen, sondern auch durch handfeste Interessen zur Bekämpfung dieser Pest von heute aufgerufen sind.

Einen entscheidenden Beitrag zur Armutsbekämpfung könnten die EU und die USA leisten, wenn sie sich in den bevorstehenden Welthandelsgesprächen auf eine grundlegende Reform des internationalen Agrarhandels einigen würden. Derzeit subventionieren die Staaten des Nordens ihre Landwirtschaft pro Jahr mit ca. 350 Milliarden Euros. Die Folge sind sinnlose Anbauprogramme, Überproduktion und vor allem der Ruin zahlloser Landwirte in den Ländern des Südens, die gegen die subventionierten Dumpingimporte aus dem Norden nicht bestehen können. Die Welthungerhilfe schreibt: „Studien der Weltbank zeigen, dass der weltweite Nahrungsmittelhandel um rund 17 Prozent zulegen könnte, wenn die reichen Länder ihre Subventionen abbauen würden. Die Entwicklungsländer könnten ihre Agrarexporte um rund 24 Prozent steigern – mit zusätzlichen Einkommen für die ländliche Bevölkerung von rund 60 Milliarden Dollar. Allein diese Summe ist schon höher als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe.“ Es steht unzweifelhaft fest, dass die Entwicklungsländer wenig Produkte so effizient herstellen können wie Fleisch, pflanzliche Nahrung oder auch Baumwolle. Der komparative Vorteil, den sie hierbei erzielen, nimmt ihnen der Norden in Form von marktverzerrenden Handelsbarrieren und Exportsubventionen ab, während er zeitgleich jedes Jahr Milliarden in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Das ist so kostspielig wie widersinnig. Gerade in Zeiten knapper Kassen in den USA und der EU liegt eine fortgesetzte Senkung der Agrarsubventionen zudem im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, die diese Subventionen in Form von Steuern aufbringen muss. EU und USA sollten ihre unheilige Allianz auf diesem Gebiet beenden und stattdessen gemeinsam durch zielgerichteten und substanziellen Abbau der Subventionen ihre Glaubwürdigkeit sowohl in der Entwicklungs- als auch in der Handelspolitik wieder herstellen.

Fazit

Für die erfolgreiche Gestaltung der transatlantischen Beziehungen, also des zentral wichtigen „Innenverhältnisses“ des Westens, ist eine Kenntnis der amerikanischen politischen Kultur und ihrer Grundlagen unabdingbar. Nur wenn Europa diese kennt und umgekehrt auch in den USA die Natur des europäischen Einigungsprozesses besser verstanden wird als bisher, können EU und USA gemeinsam erfolgreiche Außenpolitik gegenüber Dritten gestalten. Dass Europa und Amerika zahlreiche außenpolitische

Interessen teilen, bietet auch in Zukunft die Chance, anhand einer gemeinsamen Agenda die Ziele der Allianz zu verwirklichen.

Amerika als geistiges Konzept fußt auf europäischen Vorstellungen, zur Wahrheit gehört aber auch, dass es in bewusster Abwendung von der alten Welt erdacht worden ist. Europa und Amerika teilen Werte, diese sind im amerikanischen Kontext jedoch umgedeutet und weiter entwickelt worden. Mehr noch: Werte, die in Europa und Amerika der Bezeichnung nach geteilt werden, ohne im Einzelfall noch das selbe zu bedeuten, werden in den jeweiligen Wertehierarchien unterschiedlich eingeordnet, mit dem Ergebnis ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Wirkungsmacht. Unbestritten ist, dass es zwischen Europa und Amerika eine enge Werteverwandtschaft gibt. Der Begriff der "Wertegemeinschaft" ist jedoch nicht nur heuristisch untauglich, er hat auch politisch überhöhte Erwartungen an transatlantische Harmonie geweckt, die immer wieder enttäuscht wurden – und werden. So wurde aus "normalem" gelegentlichem Befremden in den letzten zehn Jahren die durchaus reale Angst vor transatlantischer Entfremdung.

Der Blick auf die außenpolitische Landkarte zeigt, dass Europa zwar stärker bedroht, aber schlechter vorbereitet ist als die USA. Europa hat die besseren langfristigen Konzepte - Interdependenz, Multipolarität und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen - aber keine Chance, diese durchzusetzen, weil es uneinig ist. Es sind zwar sicherheits- und militärpolitische Gremien in Brüssel geschaffen worden, parallel ist aber keine Bereitschaft entstanden, sich ernsthaft auf die neuen Bedrohungen einzustellen und eine europäische Armee als Ziel festzuschreiben. Der Europäische Konvent hat eine Verfassung mit einem starkem Außenminister vorgelegt, allerdings unter Beibehaltung des Prinzips der Einstimmigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch hier ging die Schaffung der Institution nicht mit dem politischen Willen einher, ihr ein kraftvolles Instrumentarium zur Verfügung zu stellen.

Wer immer vorschlägt, die Europäische Union als „Gegengewicht“ zu den USA zu bauen, handelt gegen Europas elementare Sicherheits-, Wirtschafts- und politische Interessen. Europa kann auch von den USA nicht erwarten, sich kleiner zu machen, als es ist. Es gibt nicht zuviel Amerika, es gibt zuwenig Europa. Gefragt sind Klarheit über die Ziele und der politische Wille, die Säulen zwischen einer Außenpolitik des Dialogs und notwendiger Stärke wieder auszubalancieren und Europa auch global zu einem starken Akteur zu machen.